



Landesgesetzblatt

Jahrgang 2003

Ausgegeben und versendet am 9. Mai 2003

9. Stück

32. Gesetz vom 21. Jänner 2003, mit dem das Steiermärkische Parkgebührengesetz 1979 geändert wird.

33. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. April 2003 zur Bekämpfung des Feuerbrandes in der Steiermark (Feuerbrandverordnung).
[Celex-Nr. 301L0032, 302L0029]34. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. April 2003 über die Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung und die sich aus dem Fleischuntersuchungsgesetz ergebenden sonstigen Untersuchungen und Kontrollen (Steiermärkische Fleischuntersuchungsgebührenverordnung – FUG-VO 2003).
[Celex-Nr. 396L0043, 385L0073, 389L0662, 390L0425, 390L0675, 391L0496]

32.

Gesetz vom 21. Jänner 2003, mit dem das Steiermärkische Parkgebührengesetz 1979 geändert wird

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Das Gesetz vom 20. Februar 1979 über die Erhebung einer Gemeindeabgabe für das Parken von Kraftfahrzeugen (Steiermärkisches Parkgebührengesetz 1979), LGBL. Nr. 21/1979, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 98/2002 wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 1 lit. b lautet:

„b) Fahrzeuge, die von Ärzten bei einer Fahrt zur Leistung ärztlicher Hilfe benützt werden und die beim Parken mit einer Tafel entsprechend den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung gekennzeichnet sind;“

2. Am Ende des § 5 Abs. 1 lit. c wird der „.“ durch einen „;“ ersetzt.

3. § 5 Abs. 1 lit. c wird folgende lit. d angefügt:

„d) Fahrzeuge, die von Hebammen bei einer Fahrt zur Berufsausübung selbst gelenkt werden und die beim Parken mit einer Tafel ‚Hebamme im Dienst‘ gekennzeichnet sind. Außer in diesem Falle ist eine solche Kennzeichnung von Fahrzeugen verboten. Die Tafeln sind vom Gremium der Hebammen auszustellen. Über die Ausstellung sind Aufzeichnungen zu führen.“

4. § 13 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Die Neufassung des § 5 Abs. 1 lit. b, lit. c und lit. d durch die Novelle LGBL. Nr. 32/2003 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 10. Mai 2003, in Kraft.“

Landeshauptmann 1. Landeshauptmannstellvertreter
Klasnic Voves

33.

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. April 2003 zur Bekämpfung des Feuerbrandes in der Steiermark (Feuerbrandverordnung)

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Steiermärkischen Pflanzenschutzgesetzes, LGBL. Nr. 82/2002, wird verordnet:

§ 1

Regelungsgegenstand

Diese Verordnung dient der Bekämpfung des Feuerbrandes (*Erwinia amylovora*).

§ 2

Wirtspflanzen

(1) Wirtspflanzen des Feuerbrandes sind insbesondere die Pflanzen folgender Gattungen und deren Kreuzungen:

Amelanchier	(Felsenbirne)
Aronia	(Apfelbeere)
Chaenomeles	(Zierquitten)
Crataegus	(Weiß- oder Rotdorn)
Cotoneaster	(Zwergmispel)
Cydonia	(Quitte)
Eriobotrya	(Wollmispel)
Malus	(Apfel)
Mespilus	(Mispel)
Photinia; (syn. Stranvaesia)	(Glanz- oder Glanzmispel)
Pyrus	(Birne)
Pyracantha	(Feuerdorn)
Sorbus	(Eberesche, Speierling, Vogel- und Mehlbeere etc.)

§ 3

Produktions- und Auspflanzungsbeschränkung

(1) Die Produktion und die Auspflanzung der im § 1 genannten Wirtspflanzen ist verboten.

(2) Ausgenommen von diesem Verbot sind die Wirtspflanzen folgender Gattungen und deren Kreuzungen (Obstgehölze für die Fruchtnutzung):

Aronia	(Apfelbeere)
Chaenomeles	(Zierquitte)
Cydonia	(Quitte)
Malus	(Apfel)
Mespilus	(Mispel)
Pyrus	(Birne)
Sorbus	(Eberesche, Speierling, Vogel- und Mehlbeere etc.).

§ 4

Meldepflicht

Der Eigentümer oder die Verfügungsberechtigte Person im Sinne des § 3 des Steiermärkischen Pflanzenschutzgesetzes ist verpflichtet, jeden Verdacht von Feuerbrandbefall der Behörde zu melden.

§ 5

Überwachung

(1) Solange das Land Steiermark dem Schutzgebietsstatus gemäß Richtlinie 2001/32/EG, ABl. Nr. L 127 vom 9. Mai 2001, Seite 38 in der Fassung der Richtlinie 2002/29/EG vom 19. März 2002, ABl. Nr. L 077 vom 20. März 2002, Seite 26 unterliegt, hat die Behörde zur Feststellung des Auftretens des Feuerbrandes unter Berücksichtigung der topographischen Gegebenheiten, der Biologie des Feuerbrandes und der angebauten landwirtschaftlichen Kulturen während der Vegetation systematische Untersuchungen (Monitoring) durchzuführen.

(2) Wenn das Land Steiermark dem Schutzgebietsstatus nicht unterliegt, hat die Behörde stichprobenartige Untersuchungen durchzuführen.

§ 6

Untersuchung

(1) Wenn der Behörde der Befall von Wirtspflanzen beziehungsweise der Verdacht eines solchen Befalls bekannt wird, so hat sie diese Pflanzen, erforderlichenfalls unter Einbeziehung von Labortests, zu untersuchen.

(2) Bis zur Abklärung des Verdachtes gemäß Abs. 1 sind die betroffenen Pflanzen oder Pflanzenteile am Standort zu belassen.

§ 7

Befallszone

Wird Feuerbrand festgestellt, hat die Behörde den Bereich im Umkreis bis zu 5 km abzugrenzen. Dabei hat sie auf die topographischen Gegebenheiten und die Biologie des Feuerbrandes Bedacht zu nehmen. Die Abgrenzung der Befallszone ist in den betroffenen Gemeinden ortsüblich kundzumachen. Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark und die Interessenvertretung der Imker ist über die Feuerbrand-Befallssituation zu informieren.

§ 8

Bekämpfungsmaßnahmen

(1) Befallene Pflanzen oder Pflanzenteile sind gemäß den Anweisungen der Behörde zu entfernen und schadlos zu vernichten.

(2) Besteht der berechtigte Verdacht, dass Wirtspflanzen, die in unmittelbarer Nähe zu befallenen Pflanzen stehen, ebenfalls befallen sind, sind auch diese zu entfernen und schadlos zu vernichten.

(3) Die Behörde hat im Anschluss an die Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen Untersuchungen durchzuführen, um festzustellen, ob die Maßnahmen wirkungsvoll waren.

§ 9

Hygienemaßnahmen

Bei jedem Umgang mit befallenen oder befallsverdächtigen Pflanzen oder Pflanzenteilen und insbesondere bei der Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen sind geeignete Hygienemaßnahmen (z. B. die Desinfektion von Händen, Werkzeugen, Kleidungsstücken und Schnittstellen am Baum) anzuwenden.

§ 10

Objektschutz

(1) Zum Schutz von Erwerbsobstanlagen (Kernobst) und von Baumschulen, die Wirtspflanzen erzeugen, kann die Behörde anordnen, dass wild wachsende Wirtspflanzen in einer zumindest 100 m breiten Zone rund um die Anlagen oder Baumschulen vorsorglich zu entfernen sind.

(2) Wenn das Land Steiermark dem Schutzgebietsstatus gemäß der Richtlinie 2001/32/EG, ABl. Nr. L 127 vom 9. Mai 2001, Seite 38-41, in der Fassung der Richtlinie 2002/29/EG der Kommission vom 19. März 2002, ABl. Nr. L 077 vom 20. März 2002, Seite 26 bis 28, nicht unterliegt, hat die Behörde die Maßnahme gemäß Abs. 1 gegenüber Baumschulen jedenfalls anzuordnen.

§ 11

Maßnahmen betreffend Bienen

(1) Aus Befallszonen sowie innerhalb von Befallszonen dürfen Bienenvölker im Zeitraum vom 15. März bis zum 15. Juli des Jahres nicht verbracht werden.

(2) Abs. 1 gilt nicht

1. für Bienenvölker, die von Gebieten oder in Gebiete oberhalb einer Seehöhe von 1400 m verbracht werden;
2. für Bienenvölker, die zuvor 48 Stunden in Quarantäne (abgeschlossener Kühlraum, Keller oder Dunkelraum) gehalten wurden;
3. für Bienenköniginnen, wenn beim Empfänger die Begleitbienen abgetötet werden.

(3) In dem im Abs. 1 genannten Zeitraum sind

1. das Verbringen von Bienenvölkern in Befallszonen,
2. die weitere Verbringung,
3. das Zurückverbringen in die Gemeinde des Heimatbienenstandes spätestens 8 Tage vor der Verbringung der Behörde zu melden.

Die Meldung hat

1. den derzeitigen Standort der Bienenvölker,
2. den Ort, an den die Bienenvölker verbracht werden sollen,
3. gegebenenfalls den Ort der Quarantänemaßnahmen gemäß Abs. 2 zu umfassen.

(4) Die Behörde kann, soweit es zur Bekämpfung des Feuerbrandes erforderlich ist, anordnen, dass Bienen in einer Befallszone nicht gehalten werden dürfen.

§ 12

Gemeinschaftsrecht

Durch diese Verordnung wird die Richtlinie 2001/32/EG hinsichtlich bestimmter pflanzengesundheitlich besonders gefährdeter Schutzgebiete innerhalb der Gemeinschaft, ABl. Nr. L 127 vom 9. Mai 2001, Seite 38 in der Fassung der Richtlinie 2002/29/EG vom 19. März 2002, ABl. Nr. L 077, Seite 26 umgesetzt.

§ 13

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 10. Mai 2003, in Kraft.

(2) § 3 tritt mit 1. Jänner 2004 in Kraft.

§ 14

Außerkrafttreten

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung vom 21. Juni 1999 zur Bekämpfung des Feuerbrandes in der Steiermark, LGBL. Nr. 71/1999, außer Kraft.

Für die Steiermärkische Landesregierung:
Landeshauptmann Waltraud Klasnic

34.

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. April 2003 über die Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung und die sich aus dem Fleischuntersuchungsgesetz ergebenden sonstigen Untersuchungen und Kontrollen (Steiermärkische Fleischuntersuchungsgebührenverordnung – FUG-VO 2003)

Auf Grund der §§ 2 und 5 des Steiermärkischen Fleischuntersuchungsgebührengesetzes – FUGG, LGBL. Nr. 22/1995, wird verordnet:

§ 1

Höhe der Gebühr

(1) Die Höhe der Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung und die sich aus dem Fleischuntersuchungsgesetz ergebenden sonstigen Untersuchungen und Kontrollen teilen sich in einen Fleischuntersuchungsorganaufwand (FUO) und in

einen pauschalen Zuschlag für jene Leistungen, die im Rahmen dieser Kontrollen und Untersuchungen von der Ausgleichskasse (AK) beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung erbracht werden. Die Gebühren werden wie folgt festgesetzt:

- für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung gemäß §§ 1 und 2 Fleischuntersuchungsverordnung von Rindern (einschließlich Büffel und Bison), Schweinen, Schafen, Ziegen, Pferden und anderen Einhufern und deren Fleisch in Stücken;
- für die Untersuchung von Geflügel und von Geflügelfleisch in Stücken gemäß § 1 Geflügel-Fleischuntersuchungsverordnung;
- für die Untersuchung von Kaninchen und Kaninchenfleisch in Stücken gemäß § 2 Kaninchenfleisch-Verordnung;
- für die Untersuchung von Wildhuftieren gemäß § 4 Abs. 2 und 3 Wildfleisch-Verordnung;
- für die Untersuchung von Kleinwild und Fleisch von Wildhuftieren und Kleinwild in Stücken gemäß § 4 Abs. 4 Wildfleisch-Verordnung;
- für die Untersuchung gemäß § 3 Abs. 2 Z. 1 beziehungsweise Schlachttieruntersuchungen gemäß § 3 Abs. 4 der Zuchtwild-Fleischuntersuchungsverordnung;
- für die Untersuchung von Fischereierzeugnissen gemäß §§ 3 und 4 der Fischuntersuchungsverordnung;
- für die Schlachttieruntersuchung von Geflügel gemäß § 38 der Geflügelhygieneverordnung 2000;
- für die Kontrolluntersuchung gemäß § 17 Fleischuntersuchungsgesetz

	FUO	AK	Gesamt
je vollendete Viertelstunde	14,58 €	1,60 €	16,18 €

(2) Der Zeitpunkt des Beginns, die Dauer und das Ende der gebührenpflichtigen Untersuchung ist dem Anhang 1 dieser Verordnung zu entnehmen. /.

(3) Die für die Durchführung der Untersuchung gemäß § 1 Abs. 2 Fleischuntersuchungsgesetz zulässig zu bemessenden Zeiten sind dem Anhang 2 dieser Verordnung zu entnehmen. /.

§ 2

Sofern nicht Pauschalgebühren gemäß § 3 zu verrechnen sind, hat das Fleischuntersuchungsorgan eine Niederschrift im Sinne des § 64 der Landesabgabenordnung aufzunehmen. Darin sind Beginn und das Ende jedes Untersuchungsganges, die Anzahl der untersuchten Tiere nach Stücken, bei Untersuchungen von Fleisch in Stücken das Gewicht des untersuchten Fleisches, geordnet nach Tierart, aufzunehmen. Vorkommnisse, die auf die Untersuchungsdauer erheblichen Einfluss haben und bei einer Untersuchung in einem Schlachtbetrieb zu einer erkennbaren Abweichung der üblichen Untersuchungsdauer und -modalitäten führen, hat das Fleischuntersuchungsorgan ebenfalls festzuhalten und die Umstände dieser Vorkommnisse sowie die Gründe, warum es zu diesen Vorkommnissen gekommen ist, näher zu umschreiben. Werden Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben, ist der zuständige Amtstierarzt zu verständigen. Dieser hat eine Stellungnahme abzugeben. Wer-

den trotz dieser Stellungnahme des Amtstierarztes die Einwendungen aufrechterhalten, sind diese sowie die Stellungnahme gemäß § 64 Abs. 5 der Landesabgabenordnung aufzunehmen. Die weitere Vorgangsweise richtet sich nach § 3 Abs. 2 des Steiermärkischen Fleischuntersuchungsgebührengesetzes.

§ 3

Pauschalgebühren

(1) Mit einer Pauschalgebühr ist die Schlachttier- und Fleischuntersuchung zu verrechnen:

1. für bis zu zwei Rinder oder zwei Schweine oder bis zu acht Schafe beziehungsweise Ziegen:

Fleischuntersuchungsorgananteil	Ausgleichskassenanteil	Gesamtgebühr
16,00 €	1,45 €	17,45 €

2. für drei Rinder oder drei Schweine oder neun bis zwölf Schafe beziehungsweise Ziegen:

Fleischuntersuchungsorgananteil	Ausgleichskassenanteil	Gesamtgebühr
22,90 €	2,18 €	25,08 €

3. für vier Rinder oder vier Schweine oder 13 bis 16 Schafe beziehungsweise Ziegen:

Fleischuntersuchungsorgananteil	Ausgleichskassenanteil	Gesamtgebühr
29,00 €	2,90 €	31,90 €

(2) Bei mehr als vier Rindern oder fünf Schweinen oder 16 Schafen beziehungsweise Ziegen sowie bei Tieren anderer Gattungen ist die Gebühr nach § 1 zu bemessen.

§ 4

Wegentschädigung

(1) Als Zuschlag zu den Gebühren steht dem Fleischuntersuchungsorgan eine Entschädigung für zurückgelegte Wegstrecken ab dem Berufssitz (§ 15 Abs. 3 Tierärztegesetz) in der Höhe von 0,36 € je Kilometer zu. Dem Verfügungsberechtigten darf als Zuschlag zu den Gebühren nur eine Wegentschädigung bis höchstens 20 km angerechnet werden. Befindet sich das Fleischuntersuchungsorgan bereits aus einem anderen Anlass am Ort der Untersuchung, so sind die Abgeltungen für Wegstrecken aliquot aufzuteilen.

(2) Bei der Vornahme der Schlachttier- und Fleischuntersuchung in gewerblichen Schlachthäusern an einem Tag, an dem die Höhe der hierfür zu entrichtenden Gebühr das 1,5-Fache des Stundensatzes übersteigt, ist eine Wegentschädigung weder vom Verfügungsberechtigten noch von der Ausgleichskasse zu entrichten.

§ 5

Zuschläge

Für die Untersuchung an Samstagen, Sonn- und Feiertagen und an anderen Tagen in der Zeit nach 19.00 Uhr und vor 5.30 Uhr wird die Fleischunter-

suchungsgebühr in doppeltem Ausmaß verrechnet. Ist ein Freitag oder ein Montag ein gesetzlicher Feiertag, wird die Gebühr an dem dazwischen liegenden beziehungsweise vorangegangenen Samstag für Untersuchungen in der Zeit von 5.30 Uhr bis 12 Uhr nicht verdoppelt.

§ 6

Besondere Kostentragungspflicht

Ist die Schlachtung ohne Schlachttieruntersuchung erfolgt, wurde vor der Fleischuntersuchung eine unzulässige Zerlegung vorgenommen oder sind einzelne, für die Beurteilung des Fleisches wesentliche Tierkörpertheile entfernt oder einer unzulässigen Behandlung unterzogen worden, so dass eine einwandfreie Beurteilung des Tierkörpers nicht möglich ist, so hat der Abgabepflichtige neben dem Fleischuntersuchungsorganaufwand auch die Gebühr für die Probenentnahme gemäß § 7 Abs. 2 zu tragen. Überdies werden ihm von der Ausgleichskasse die tatsächlichen Kosten, wie z. B. für den Versand und die Untersuchung der Proben, vorgeschrieben.

§ 7

Ausgleichskasse

(1) Aus der Ausgleichskasse sind insbesondere folgende Kosten zu bestreiten:

1. Kosten für bakteriologische, chemische, physikalische, serologische und sonstige Untersuchungen nach dem Fleischuntersuchungsgesetz, sofern nicht § 6 gilt;
2. Kosten für den Personal- und Sachaufwand;
3. Kosten für die Fortbildung der Fleischuntersuchungsorgane;
4. Kosten für Drucksorten und Stempel;
5. Kosten für Entschädigungen von Fleischuntersuchungsorganen von 0,36 € je Kilometer für zurückgelegte Wegstrecken über 20 km bei gewerblichen Schlachtungen und untersuchungspflichtigen Hausschlachtungen. Pro Untersuchung sind höchstens 60 km abzugelten;
6. Kosten für Entschädigungen von Fleischuntersuchungsorganen bei Notschlachtungsuntersuchungen in der Höhe der doppelten Pauschalgebühr gemäß § 3 einschließlich allfälliger Zuschläge gemäß § 4 Abs. 1 und § 5.

(2) Den Fleischuntersuchungsorganen steht weiters ein Betrag von 7,27 € je Tier für die Entnahme und Einsendung von Fleisch und anderen Proben, wie Blut und Harn, an Untersuchungsanstalten und Laboratorien sowie der Ersatz der nachgewiesenen Versandkosten zu.

§ 8

Umsetzung von Gemeinschaftsrecht

Durch diese Verordnung wird die Richtlinie 96/43/EG des Rates vom 26. Juni 1996 zur Änderung und Kodifizierung der RL 85/73/EWG zur Sicherstellung der Finanzierung der veterinär- und hygienerechtlichen Kontrollen nach den RL 89/662/EWG, 90/425/EWG, 90/675/EWG und 91/496/EWG, Abl. Nr. L 162 vom 1. Juli 1996 S. 1, umgesetzt.

§ 9

Verweise

(1) Verweise in dieser Verordnung auf Landesgesetze sind als Verweise auf die jeweils gültige Fassung zu verstehen.

(2) Verweise in dieser Verordnung auf Bundesgesetze oder Bundesverordnungen sind als Verweise auf folgende Fassungen zu verstehen:

1. Bundesgesetz über die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung (Fleischuntersuchungsgesetz), BGBl. Nr. 522/1982, in der Fassung BGBl. I Nr. 96/2002;
2. Bundesgesetz über den Tierarzt und seine berufliche Vertretung (Tierärztegesetz), BGBl. Nr. 16/1975, in der Fassung BGBl. I Nr. 95/2002;
3. Fleischuntersuchungsverordnung, BGBl. Nr. 395/1994, in der Fassung BGBl. II Nr. 142/2002;
4. Geflügel-Fleischuntersuchungsverordnung, BGBl. Nr. 404/1994, in der Fassung BGBl. II Nr. 244/2000;
5. Kaninchenfleisch-Verordnung, BGBl. Nr. 401/1994, in der Fassung BGBl. Nr. 519/1996;
6. Wildfleisch-Verordnung, BGBl. Nr. 400/1994, in der Fassung BGBl. II Nr. 378/2002;
7. Zuchtwild-Fleischuntersuchungsverordnung, BGBl. Nr. 399/1994, in der Fassung BGBl. Nr. 519/1996;
8. Fischuntersuchungs-Verordnung, BGBl. II Nr. 42/2000;
9. Geflügelhygieneverordnung 2000, BGBl. II Nr. 243/2000;
10. Frischfleisch-Hygieneverordnung, BGBl. Nr. 396/1994, in der Fassung BGBl. II Nr. 146/2002.

§ 10

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der 1. Juni 2003, in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung nach Abs. 1 tritt die Steiermärkische Fleischuntersuchungsgebührenverordnung – FUG-VO 2001, LGBL. Nr. 32/2001, außer Kraft.

Für die Steiermärkische Landesregierung:
Landeshauptmann Waltraud Klasnic

Anhang 1

Bei der Gebührenbemessung für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung gemäß § 1 ist wie folgt vorzugehen:

1. Schlacht tier- und Fleischuntersuchung in Schlachtbetrieben mit fließendem Schlachtablauf, soweit sie nicht unter Punkt 2 fallen.

Der Untersuchungsgang umfasst die Schlacht tieruntersuchung, die Hygienekontrolle vor und während der Schlachtung, die Fleischuntersuchung, die damit in Zusammenhang stehenden

Zusatzuntersuchungen und Probennahmen (z. B. für Koch- und Bratprobe, bakteriologische und Rückstandsuntersuchungen, Ausblutungsgradbestimmung) sowie die Endbeurteilung von vorläufig beanstandeten Tierkörpern nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse.

Zur Festlegung des Zeitpunktes, an dem die Fleischuntersuchungsorgane (FUOe) ihre jeweilige Tätigkeit im Schlachtbetrieb zu beginnen haben und von dem an der Zeitaufwand vom jeweiligen Organ erfasst werden muss, ist vom Schlachthofbetreiber je Schlachttag die vorgesehene/n Schlachtbeginnzeit/en (= Zeitpunkt der Betäubung des ersten Schlacht tieres) schriftlich festzulegen. Kurzfristige Änderungen müssen den FUOen spätestens einen Tag vorher zuverlässig mitgeteilt werden.

Der Beginn der von einem FUO vorzunehmenden Schlacht tieruntersuchung und der von einem anderen FUO durchzuführenden Hygieneüberprüfung wird mit 15 Minuten vor dem Schlachtbeginn festgelegt. Der Beginn der Fleischuntersuchung durch die FUOe wird mit 15 Minuten nach dem schriftlich festgelegten Schlachtbeginn festgelegt.

Die Schlacht tieruntersuchung endet mit dem Zeitpunkt der erfolgten Entblutung des letzten Schlacht tieres, die Fleischuntersuchung mit der Endbeurteilung des letzten Tierkörpers (falls die Endbeurteilung eines Tierkörpers am gleichen Tag nicht möglich ist, ist die am Beurteilungstag aufgewendete Zeit für die Untersuchung und Kennzeichnung gesondert zu erfassen). Für die Dokumentation der Untersuchungen beziehungsweise Beanstandungen kann das FUO zusätzlich den dafür erforderlichen Zeitaufwand, höchstens jedoch 5 Minuten pro 150 geschlachteter Schweine bzw. pro 30 geschlachteter Rinder bzw. pro 100 geschlachteter Schafe/Ziegen oder anderer untersuchungspflichtiger Tiere bzw. pro 15.000 geschlachteten Geflügeln verrechnen.

Wartezeiten infolge verzögerten Schlachtbeginns oder durch Schlachtungsunterbrechung (z. B. durch stockende Anlieferung, technische Gebrechen) sind bei der Zeitaufwandsmittlung mit zu erfassen. Die vom Schlachtbetrieb im Vorhinein festgelegten Erholungspausen zählen nicht zu den Wartezeiten.

2. Schlacht tier- und Fleischuntersuchung in Schlachtbetrieben gemäß § 15 Frischfleisch-Hygieneverordnung (Betriebe mit geringer Produktion)

Es gelten die Bestimmungen gemäß Punkt 1, soweit im Folgenden nicht ausdrücklich Abweichendes vorgesehen ist:

Der Verfügungsberechtigte hat jedenfalls spätestens einen Tag vor der beabsichtigten Schlachtung das FUO zuverlässig über den beabsichtigten Schlachtbeginn in Kenntnis zu setzen. Das FUO hat sodann spätestens 15 Minuten vor dem angegebenen Schlachtbeginn die Schlacht tieruntersuchung und Hygienekontrolle im Betrieb durchzuführen. Werden mehr Tiere als in § 3 angeführt geschlachtet, ist die für die Schlacht tieruntersuchung, die Fleischuntersuchung, die damit in Zusammenhang stehenden Zusatzuntersuchungen und Probennahmen (z. B. für bakteriologische und Rückstandsuntersuchungen, Koch- und Bratproben, Ausblutungsgradbestimmungen) sowie für die Endbeurteilung von vorläufig beanstandeten Tierkörpern nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse aufge-

wendete Zeit zu erfassen. Erfolgt die Schlachttieruntersuchung getrennt von der Fleischuntersuchung, sind die Zeiten beider Untersuchungen zu addieren.

Anhang 2

Bei der Zeiterfassung im Zusammenhang mit § 1 dieser Verordnung für die Untersuchung gemäß § 2 des Fleischuntersuchungsgesetzes bzw. § 1 Abs. 2 der Fleischuntersuchungsverordnung ist wie folgt vorzugehen:

1. Bei der Untersuchung nach der Verdauungsmethode ist für die Durchführung des ersten Probenansatzes eine Stunde, für je weitere 100 Tierkörper 15 Minuten zu bemessen. Der Beginn der Trichinenuntersuchung ist so anzusetzen, dass die Untersuchung spätestens zwei Stunden nach Schlachtende abgeschlossen ist. Dauert eine Unterbrechung der Schlachtung länger als eineinhalb Stunden, ist bei Fortsetzung der Untersuchung neuerlich ein erster Probenansatz zu verrechnen.
2. Wird die Untersuchung nach der Kompressionsmethode vorgenommen, sind zum Zeitaufwand für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung zusätzlich pro Tierkörper 2 Minuten zu bemessen.

Allgemeine Verkaufsbedingungen für das Jahr 2003

Der **Bezugspreis** für das Jahresabonnement des Landesgesetzblattes für das Land Steiermark beträgt infolge der gesetzlichen Erhöhungen beim Zeitungsversand vorbehaltlich unvorhersehbarer Steigerungen bei den Herstellungskosten:

bis zu einem Jahresumfang	im Inland ¹	im Ausland ¹
von 300 Seiten	€ 41,–	€ 58,–

¹ Preise inkl. Versandkosten

Wird dieser Umfang überschritten, erfolgt für den Mehrumfang eine aliquote Nachverrechnung.

Bezugsanmeldungen richten Sie bitte an

MEDIENFABRIK GRAZ, VERLAGS- UND VERTRIEBSGMBH, HOFGASSE 15, 8010 GRAZ; TEL: ++43 (0316) 8095 DW 18, FAX: ++43 (0316) 8095 DW48; E-MAIL: silvia.zierler@mfg.at

Ersatz für abgängige oder mangelhaft zugekommene Auslieferungen des Landesgesetzblattes ist binnen vier Wochen nach dem Erscheinen bei der Abonnementstelle anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden solche Reklamationen ausnahmslos als Einzelbestellungen behandelt.

Einzelbestellungen und Lagerverkauf: Einzelne Exemplare des Landesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von € 1,10 bis zu 4 Seiten zuzüglich € 0,55 für alle weiteren zwei Seiten plus Versandkosten.

Versandstelle: MEDIENFABRIK GRAZ, VERLAGS- UND VERTRIEBSGMBH, Hofgasse 15, 8010 Graz; Tel: ++43 (0316) 8095 DW 18, Fax: ++43 (0316) 8095 DW 48; E-MAIL: silvia.zierler@mfg.at

Lagerverkauf: MEDIENFABRIK GRAZ, VERLAGS- UND VERTRIEBSGMBH, VERLAGSSHOP, Hofgasse 15, 8010 Graz

